

Schriftführerin:

Frau Heike Ziegenbein Büro der Stadtverordnetenversammlung

Tagesordnung:**Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
27.11.2019
- 3 Temporäre Nutzung des Verwaltungsgebäudes des Rechenzentrums als Kunst-
und Kreativhaus - Finanzierung des dafür nötigen Mehraufwands
Vorlage: 19/SVV/1361
Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport
- 4 Räume für Kulturschaffende und Kreative - Beschluss zur Anhandgabe
Grundstück ehem. Feuerwache/Langer Stall sowie Änderung des
Bebauungsplans Nr. 1 "Neuer Markt/Plantage"
Vorlage: 19/SVV/1275
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 5 Untersuchung zu den Folgen einer dauerhaften Nutzung des Rechenzentrums
Vorlage: 19/SVV/1326
Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
- 6 Berufung des neuen Naturschutzbeirats
Vorlage: 19/SVV/1322
Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur
- 7 Einladung des Geschäftsführers des Studentenwerkes Potsdam zur
Berichterstattung gemäß
Beschluss 19/SVV/0918
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Aufgabe des ins Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche entsendeten Mitglieds
der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 19/SVV/1166
Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters
- 8.2 Keine Beteiligung der ProPotsdam an Kampagnen gegen den Mietendeckel
Vorlage: 19/SVV/1265
Fraktion DIE aNDERE
HA zur Erledigung
- 9 Mitteilungen der Verwaltung

- 9.1 Amtsblätter per Newsletter
 Vorlage: 19/SVV/1357
 Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation
- 9.2 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden
 Vorlage: 19/SVV/1359
 Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilien Service
- 9.3 UNESCO Creative City of Film - Information zum Projekt 'Boulevard des Films'
- 10 Sonstiges

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung. Er nimmt die letzte Sitzung des Ausschusses vor dem Jahreswechsel zum Anlass, sich für die gute Zusammenarbeit zu bedanken, allen eine besinnliche Weihnacht und einen guten Rutsch in das neue Jahr zu wünschen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 27.11.2019

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Zur vorliegenden öffentlichen Tagesordnung bittet er, den Tagesordnungspunkt 7, Berichterstattung des Geschäftsführers des Studentenwerkes Potsdam, auf den Februar 2020 zu verschieben, da eine Teilnahme an der heutigen Sitzung nicht möglich gewesen sei.

Er schlägt im Weiteren vor, die Tagesordnung unter dem Punkt „Mitteilungen der Verwaltung“ um Informationen zur

- Elternbeitragsordnung 2019/21 und zum
- Extavium

zu erweitern sowie unter dem Punkt „Sonstiges“ zur Gerichtsverhandlung zum B-Plan – Griebnitzsee zu berichten.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg um eine Information zur Wohnungstauschzentrale sowie zum Präventionsrat und Herr Boede zur Freilichtbühne auf der Freundschaftsinsel.

Zu den Tagesordnungspunkten 3, **Temporäre Nutzung des Verwaltungsgebäudes des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus - Finanzierung des dafür nötigen Mehraufwands**

Vorlage: 19/SVV/1361 und 4, **Räume für Kulturschaffende und Kreative - Beschluss zur Anhandgabe Grundstück ehem. Feuerwache/Langer Stall sowie Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 "Neuer Markt/Plantage"**

Vorlage: 19/SVV/1275 verweist der Oberbürgermeister auf die Notwendigkeit, Ende Januar 2020 eine Entscheidung zu fällen. Er schlägt vor, zu beiden Themen in der heutigen Sitzung zu informieren und nach Beratung in den Fraktionen in der Hauptausschusssitzung am 15. Januar 2020 wieder aufzurufen und zu entscheiden.

Dieser Verfahrensvorschlag wird einstimmig bestätigt.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit Stimmenmehrheit **bestätigt**.

Zur Niederschrift der 9. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 27.11.2019 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

zu 3 Temporäre Nutzung des Verwaltungsgebäudes des Rechenzentrums als Kunst- und Kreativhaus - Finanzierung des dafür nötigen Mehraufwands
Vorlage: 19/SVV/1361

Oberbürgermeister, Geschäftsbereich Bildung, Kultur, Jugend und Sport

Herr Kümmel, Planungsbüro des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, bringt die Vorlage ein und beantwortet die Nachfrage von Herrn Friederich bezüglich weiterer finanzieller Bedarfe.

Da es keine weiteren Fragen und keinen weiteren Beratungsbedarf gibt, wird die Vorlage zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss beschließt:

Zur Kompensation der im Rahmen der Verlängerung der temporären Nutzung des Kunst- und Kreativhauses (Verwaltungsgebäude des Rechenzentrums sowie bei der Stiftung Garnisonkirche) notwendigen Mehraufwandes wird im Haushaltsjahr 2019 ein außerplanmäßiger Aufwand/außerplanmäßige Auszahlung i.H. von 300.000 Euro im Produktkonto 2840202.5315000 (Kultursteuerung - Zuschüsse für laufende Zwecke an verbundene Unternehmen) genehmigt.

Die Deckung des Mehraufwandes erfolgt zu 50 % -150.000 EUR- aus Minderaufwendungen im Produktkonto 2180009.5231500 (Gesamtschule Stern - Mieten an KIS) des Geschäftsbereiches 2 sowie zu 50 % -150.000 EUR- aus Mehrerträgen im Produktkonto 6120002.4617100 (Liquiditäts- und Schuldenmanagement - Zinserträge von Kreditinstituten und Geldanlagen) der Allgemeinen Finanzierungsmittel.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	13
Ablehnung:	0
Stimmenthaltung:	1

zu 4 Räume für Kulturschaffende und Kreative - Beschluss zur Anhandgabe Grundstück ehem. Feuerwache/Langer Stall sowie Änderung des Bebauungsplans Nr. 1 "Neuer Markt/Plantage"

Vorlage: 19/SVV/1275

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung
SBWL, KA, HA

Herr Kümmel, Planungsbüro des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, erläutert die Beschlussvorlage an Hand einer Powerpointpräsentation und betont, dass eine diesbezügliche Entscheidung durch die Stadtverordnetenversammlung Ende Januar 2020 zwingend sei, um das Werkstatt- und Dialogverfahren starten zu können. Auf Nachfrage von Herrn Boede, ob im zeitlichen Ablauf die Beteiligung der Nutzer des Rechenzentrums berücksichtigt worden sei, bestätigt Herr Kümmel, dass die vorgesehene Zeitschiene dies ebenso berücksichtige wie eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit. Herr Heuer verweist darauf, dass der Beschlussvorschlag im Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Wohnen und Entwicklung des ländlichen Raumes in der gestrigen Sitzung auf große Zustimmung gestoßen sei. Die Bedenken bezogen sich auf die Grundstücksvergabe, aber hier gehe es ja um eine Konzeptvergabe.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, ob ein Erbbaurecht hier möglich sei, bejaht Herr Kümmel, allerdings habe keiner der Investoren ein entsprechendes Angebot abgegeben. Auf die Anmerkungen von Herrn Boede, dass sich die Stadt auch gleich für diese Variante hätte entscheiden können und die Forderung von Herrn Dr. Scharfenberg, erst beide Varianten zu beleuchten und dann zu entscheiden, verweist der Oberbürgermeister auf die Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung und darauf, dass kein Bieter dieses Angebot ausgewählt hat. Nach einem kontroversen Meinungs austausch betont Herr Kümmel, dass die Auswahlkriterien im laufenden Verfahren nicht geändert werden können, weil dies zur Aufhebung des Verfahrens führen würde.

Im Ergebnis der Diskussion wird die Vorlage **zurückgestellt** und in der Hauptausschusssitzung am 15. Januar 2020 wieder aufgerufen.

zu 5 Untersuchung zu den Folgen einer dauerhaften Nutzung des Rechenzentrums

Vorlage: 19/SVV/1326

Oberbürgermeister, Fachbereich Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Kümmel, Planungsbüro des Geschäftsbereiches Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, erläutert die Mitteilung und die möglichen Varianten. Nach einem kurzen Meinungs austausch zu den Kosten der einzelnen Varianten und zur Fördermittelbindung bzw. der Einwerbung von Fördermitteln für einzelne Zwecke wirbt Herr Friederich für eine wirtschaftliche Betrachtungsweise unter wirtschaftlichen Aspekten.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 6 Berufung des neuen Naturschutzbeirats

Vorlage: 19/SVV/1322

Oberbürgermeister, Fachbereich Bauaufsicht, Denkmalpflege, Umwelt und Natur

Der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, Herr Rubelt, bringt die Vorlage ein. Herr Walter bittet, die Arbeit dieses Beirates einmal im Jahr im Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität vorzustellen, was Herr Rubelt zusagt.

Der Hauptausschuss beschließt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die nachfolgend benannten Kandidatinnen und Kandidaten für die neue Amtsperiode des Naturschutzbeirats von 2020 bis 2024 gemäß § 35 Abs. 2 Brandenburgisches Naturschutzausführungsgesetz (BbgNatSchAG) i.V. mit § 1 Naturschutzbeiräteverordnung (NSchBV) zu berufen.

Mitglieder:

Herr Franz Beusch
Frau Anne Brandenburger
Frau Susan Fischer
Herr Dr. Rüdiger Knösche
Frau Karin Müller
Herr Uwe Peschke
Herr Steffen Zahn

Stellvertreter:

Frau Sybille Kirch
Herr Dr. Torsten Lipp
Herr Dr. Wolfram Mey
Frau Tanja Mutschischk
Frau Sabine Stolzenberg
Herr Dr. Matthias Wichmann
Herr Georg Wild

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

**zu 7 Einladung des Geschäftsführers des Studentenwerkes Potsdam zur
Berichterstattung gemäß
Beschluss 19/SVV/0918**

zurückgestellt bis Februar 2020

zu 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 8.1 Aufgabe des ins Kuratorium der Stiftung Garnisonkirche entsendeten Mitglieds der Landeshauptstadt Potsdam
Vorlage: 19/SVV/1166

Oberbürgermeister, Büro des Oberbürgermeisters

Der Oberbürgermeister merkt an, dass er entsprechend seiner Zusage einen Verfahrensvorschlag unterbreitet habe, wie im Rahmen einer öffentlichen Anhörung eine Konsultation verschiedener Akteure der Stadtgesellschaft zur vorliegenden Beschlussvorlage organisiert werden soll. Dieser Vorschlag liegt den Mitgliedern des Hauptausschusses als Tischvorlage vor. Im Weiteren erläutert Herr Piest das Format der Anhörungssitzung des Hauptausschusses am 24. Januar 2020, 17:00 – 20:00 Uhr, mit dem Ziel, den Stadtverordneten und der Öffentlichkeit ein möglichst breites Meinungsbild zum eingebrachten Vorschlag zugänglich zu machen. Er betont, dass das Format der Anhörung auf kommunaler Ebene nicht geregelt sei, so dass hier Anleihen bei Bund und Land genommen werden mussten. Die Auswahl der Akteure werde im nicht öffentlichen Teil der Sitzung vorgestellt, um weder Enttäuschungen noch zu hohe Erwartungen zu wecken.

In der sich anschließenden Diskussion bedankt sich Herr Dr. Scharfenberg für die Vorbereitung, die er aber gern früher erhalten hätte. Im Kern der Anhörung, so Herr Dr. Scharfenberg, gehe es um die Zielstellung der Stadt in diesem Prozess und nicht um die Mitarbeit im Kuratorium. Er bittet das vorgeschlagene Zeitlimit von 5 Minuten zu bedenken und sieht die eingeschränkte Fragemöglichkeit kritisch, so dass er dafür plädiere, den 2. Teil des Vorschlags nicht weiter zu verfolgen.

Herr Heuer spricht sich dafür aus, die Positionen der Akteure schriftlich einzureichen und dafür, dass die Fraktionen ihre Fragen den zu Befragenden ebenso schriftlich zukommen lassen. Frau Hüneke unterstützt den Vorschlag dieser gestrafften Form des Meinungsaustausches, denn über die Ergebnisse könne in den „eigenen Runden“ gesprochen werden. Sie verweist auf den vorliegenden Ergänzungsantrag ihrer Fraktion mit dem Format eines Bürgerrates.

Der Oberbürgermeister sagt zu, den Vorschlag von Herrn Heuer in das Verfahren einzufügen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion fragt Herr Boede nach, welche Idee, welches Ziel bzw. Ergebnis mit diesem Prozess verfolgt werde – dies sei für ihn bis heute unklar. Er verweist auf das Bürgerbegehren, dessen Ergebnisse die Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss erhoben habe und die demzufolge bindend seien. Dem widerspricht der Oberbürgermeister - Ergebnisse eines Bürgerbegehrens können nach einer Abkühlungsfrist auch verändert werden. Er verweist auf die zwei vorliegenden Voten – zum einen, den Turm wiederaufzubauen, das Kirchenschiff aber nachfolgenden Generationen zu überlassen und zum anderen, die Stiftung aufzulösen. Er möchte einen klaren Auftrag der Stadtverordnetenversammlung haben, wie er im Kuratorium agieren solle – nur darum gehe es.

Herr Dr. Scharfenberg betont, dass die Anhörung zur Versachlichung beitragen solle. Allerdings halte er den Ansatz für problematisch, das Thema Kirchenschiff jetzt zu öffnen. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass im Kuratorium über den Turm und das Kirchenschiff gesprochen und nicht nach Beschlusslage der Stadtverordnetenversammlung unterschieden werde. Deshalb benötige er einen klaren Auftrag.

Auf die von Herrn Boede geäußerten Zweifel zur Funktionalität des Verfahrens Bezug nehmend, betont Frau Hüneke, dass die Fraktionen nach der Anhörung

über die Ergebnisse diskutieren und evtl. Änderungen vorschlagen müssen. Sie plädiert dafür, im ersten Teil der Anhörung vorgegebene Fragen zu stellen und in einem zweiten Teil offene Fragen.

Der Oberbürgermeister sagt zu, das Verfahren im Sinne des geführten Meinungsaustausches anzupassen und betont, dass er selbst keine Fragen und das Ergebnis der Öffentlichkeit komprimiert zur Verfügung stellen werde.

zu 8.2 Keine Beteiligung der ProPotsdam an Kampagnen gegen den Mietendeckel Vorlage: 19/SVV/1265

Fraktion DIE aNDERE
HA zur Erledigung

Herr Zeller erläutert den Antrag seiner Fraktion und bittet um Zustimmung zu diesem Vorschlag. Die Beigeordneten für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, führt aus, dass die Pro Potsdam sachlich zu diesem Thema Stellung nehmen und die Auswirkungen auf das Unternehmen darstellen – also am Diskurs durchaus teilnehmen werde.

Auf die Anmerkung von Herrn Zeller, dass das der Antrag nicht beinhalte, merkt Herr Wollenberg an, dass eine Kampagne nicht zu führen, eine andere Position dazu nicht ausschließe. Herr Friederich meint, dass mit dem Antrag dem Unternehmen ein „Maulkorb“ verpasst werden soll; das könne die Stadtverordnetenversammlung nicht zulassen. Eine Trennung der Anliegen in Punkt 1 und 2 sei so kaum möglich.

Frau Hüneke führt aus, dass die Stadt ihre Haltung dazu noch gar nicht dargestellt habe; dazu seien die Anträge noch im Geschäftsgang. Da noch gar nicht klar ist, welche Wirkung welches Instrument habe, plädiere sie für eine Zurückstellung des Antrags.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Herr Heuer beantragt, die Drucksache bis zum Abschluss der Prüfungen zurückzustellen.

Herr Boede spricht sich dagegen aus, da es dann gar nicht mehr möglich sei, die Kampagne zu stoppen.

Abstimmung:

Der Antrag auf Zurückstellung wird mit

7 Nein-Stimmen **abgelehnt**;
bei 6 Ja-Stimmen.

Im Ergebnis der weiteren Diskussion schlägt der Oberbürgermeister eine getrennte Abstimmung der einzelnen Absätze vor, da sich der Absatz 1 bereits durch Verwaltungshandeln erledigt habe. Herr Boede spricht sich für diesen Vorschlag aus und sieht in dem Antrag ein klares Signal der Solidarität.

Abstimmung:

Der erste Absatz mit dem Wortlaut:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sicherzustellen, dass sich die städtische Wohnungsgesellschaft ProPotsdam weder finanziell noch personell an Werbekampagnen gegen mietenpolitische Initiativen wie „Deutsche Wohnen

enteignen!“ oder den vom Berliner Senat beschlossenen Mietendeckel beteiligt.

wird
mit Stimmenmehrheit **angenommen**,
bei einigen Stimmenthaltungen.

Abstimmung:

Der zweite Absatz mit dem Wortlaut:

Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die ProPotsdam alle Möglichkeiten, die ihr als Mitglied im **GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen** zur Verfügung stehen, nutzt, um darauf hinzuwirken, dass die geplante Kampagne gestoppt wird.

wird
mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,
bei 2 Ja-Stimmen und
einigen Stimmenthaltungen.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, sicherzustellen, dass sich die städtische Wohnungsgesellschaft ProPotsdam weder finanziell noch personell an Werbekampagnen gegen mietenpolitische Initiativen wie „Deutsche Wohnen enteignen!“ oder den vom Berliner Senat beschlossenen Mietendeckel beteiligt.

Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass die ProPotsdam alle Möglichkeiten, die ihr als Mitglied im **GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen** zur Verfügung stehen, nutzt, um darauf hinzuwirken, dass die geplante Kampagne gestoppt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Januar 2020 über die eingeleiteten Maßnahmen und den Sachstand zu unterrichten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**,
bei 2 Ja-Stimmen und
einigen Stimmenthaltungen.

Der Oberbürgermeister gibt zu Protokoll, dass die Pro Potsdam trotz der Ablehnung des Antrags im Sinne des ersten Absatzes handeln werde.

zu 9 Mitteilungen der Verwaltung

zu 9.1 Amtsblätter per Newsletter

Vorlage: 19/SVV/1357

Oberbürgermeister, Fachbereich Kommunikation und Partizipation

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 9.2 Vorkaufsrecht bei Grundstücken und Gebäuden
Vorlage: 19/SVV/1359
Oberbürgermeister, Kommunalen Immobilien Service

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

zu 9.3 UNESCO Creative City of Film - Information zum Projekt 'Boulevard des Films'

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Frau Dr. Kiss, Leiterin des Bereichs Forschung und Transfer der Filmuniversität, die nach einer kurzen Einführung durch den Leiter des Geschäftsbereiches Zentrale Verwaltung, Herrn Jetschmanegg, das Anliegen an Hand einer Powerpointpräsentation erläutert.

Auf den Hinweis von Frau Dr. Müller, dass aus ihrer Sicht auch die Dokumentarfilmsparte mitberücksichtigt werden sollte, die insbesondere in der Zeit vor der Wende eine große Rolle gespielt habe, entgegnet Frau Dr. Sommer, Bereichsleiterin Marketing, dass das Projekt nicht auf ein Genre festgelegt sei und sowohl mit der Jury als auch mit der Stadtgesellschaft abgestimmt werde.

Der Oberbürgermeister betont, dass ein großer Beteiligungsprozess geplant sei, so wie sich das gehöre. Die künstlerische Ausgestaltung sei noch offen und das Thema noch zurückgestellt.

zu 9.4 Elternbeitragsordnung 2019/20

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Aibel, berichtet über den derzeitigen Sachstand und die offenen bzw. zu klärenden Fragen zur Vorbereitung der Elternbeitragsordnung 2019/21 an Hand einer Powerpointpräsentation. Diese ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.

Im Ergebnis der Information merkt Frau Dr. Müller an, dass sie skeptisch sei, dass die offenen Fragen wirklich geklärt werden können und ratlos, wie die Stadt die derzeitige Situation auflösen solle.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

zu 9.5 Extavium

Die Beigeordnete für Bildung, Kultur, Jugend und Sport, Frau Aibel, erläutert den derzeitigen Sachstand unter Verweis auf die Berichterstattung in der

Hauptausschusssitzung am 30.10.2019 an Hand einer Powerpointpräsentation. Diese ist dem Tagesordnungspunkt im Ratsinformationssystem als Anlage beigefügt.

Die Information wird zur Kenntnis genommen.

zu 10 Sonstiges

Gerichtsverhandlung zum B-Plan – Griebnitzsee

Der Oberbürgermeister informiert, dass die Stadt in der heutigen Verhandlung nicht obsiegt und der B-Plan – Griebnitzsee vom Oberverwaltungsgericht für nichtig erklärt worden sei. Da er die Urteilsbegründung noch nicht kenne, schlägt er vor, im Januar 2020 mit den Fraktionen zu beraten, wie die Situation zu bewerten und damit umzugehen sei.

Herr Friederich verweist darauf, dass das Oberverwaltungsgericht das gesamte B-Plan-Verfahren für rechtswidrig erklärt habe und keine weiteren Rechtsmittel mehr möglich seien. Bis zur Urteilsbegründung sollte die Stadt Zeichen aussenden, die es ermöglichen, Türen wieder zu öffnen.

Der Oberbürgermeister entgegnet, dass alle gut daran tun, die Urteilsbegründung in Ruhe zu lesen und mit kühlem Kopf weitere Entscheidungen zu treffen.

Information zur Wohnungstauschzentrale

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit, Frau Meier, erklärt, dass im Januar 2020 gestartet werden könne. Das Konzept dafür liege vor und sei auch förderwürdig; der entsprechende Antrag des Trägers soll kurzfristig beschieden werden.

Präventionsrat

Die Beigeordnete für Ordnung, Sicherheit, Soziales und Gesundheit Frau Meier, informiert, dass die Vorbereitungen mit der Zielstellung laufen, der Stadtverordnetenversammlung Ende des ersten Quartals eine Beschlussvorlage mit konkretisierten Inhalten vorzulegen.

Der Oberbürgermeister schlägt vor, in einem der Fachausschüsse einen Zwischenbericht zu diesem Thema zu geben.

Freilichtbühne auf der Freundschaftsinsel

Herr Weise, Vertretung für den Beigeordneten für Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt, bestätigt, dass die Bürgerstiftung Interesse daran bekundet habe und schlägt eine weitere Berichterstattung in der Sitzung des Ausschusses für Kultur am 16.01.2020 vor.